

31.03.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

zum Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15879

Aufschwung durch Ausbildung: Fachkräfte jetzt für das Morgen gewinnen!

Berichterstatter: Abgeordneter Georg Fortmeier

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/15879 – wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde durch Plenarbeschluss vom 15.12.2021 zur Federführung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung mit der Maßgabe überwiesen, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung im Plenum erfolgt.

Die Fraktion der SPD schreibt in ihrem Antrag unter „V.“, der Landtag solle die Landesregierung auffordern,

- *der Landesverfassung gemäß Art. 6 Absatz III gerecht zu werden, und allen Jugendlichen die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufssicherung zu ermöglichen; und zu diesem Zweck dem Landtag noch vor Ablauf der 17. Legislaturperiode ein Konzept zur landesweiten Einführung der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie vorzulegen.*
- *das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ auszubauen, die Mittel zu erhöhen, und neue Ausbildungsberufe in die Beratung mit aufzunehmen.*
- *ein Programm „Gute Berufsschule 2030“ aufzulegen, um die Berufskollegs schnellstmöglich zu sanieren und zu modernisieren.*
- *Dem Lehrkräftemangel an Berufsschulen entgegenzuwirken, indem auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaft in die Lehrerausbildung für Berufskollegs einsteigen*
- *die finanziellen und rechtlichen Grundlagen auf den Weg zu bringen, um Berufsschulen zu Transformationszentren zu machen, die eine Aus- und Weiterbildung in neuen Berufsfeldern von Beginn an ermöglichen.*
- *die Digitalisierung von Berufskollegs voranzutreiben, auch über den Digitalpakt Schule hinaus.*
- *die Berufskollegs in NRW beim Abrufen von Fördermitteln (z.B. aus dem Digitalpakt Schule) zu unterstützen, auch in personeller Hinsicht.*
- *Beratungs- und Vermittlungsangebote hinsichtlich von zukunftssträchtigen Ausbildungsberufen zu fördern, die sich speziell an Menschen richten, die es aus integrierenden Maßnahmen noch nicht in den regulären Arbeitsmarkt geschafft haben, oder sich gerade in einer „Warteschleife“ befinden.*
- *Die Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderung zu stärken und dabei zu berücksichtigen, dass die besondere Situation von Menschen mit Behinderung auch in der Ausbildungswelt eines inklusiven Ansatzes bedarf.*
- *auf eine Gleichstellung von Dualer Berufsausbildung und Studium hinzuarbeiten, z.B. über*
 - *eine Kostenvergünstigung und Leistungsverbesserung des Azubitickets;*

- *die Förderung des Baus von „Azubi-Wohnheimen“ nicht auf Papierlösungen und theoretisch verfügbare Landesmittel zu beschränken, sondern den Mangel endlich aufzulösen;*
- *eine kostenlose Meisterschule in allen Gewerben und Gewerken;*
- *und die Beseitigung von offenen oder versteckten Ausbildungskosten.*
- *kommunale Projekte (z.B. die Einrichtung lokaler Anlaufstellen zur Bündelung von Hilfs-, Förder- und Unterstützungsprogrammen) zur Verbesserung der Ausbildungssituation finanziell zu unterstützen, auch unter Einsatz der bisher nicht aus dem Corona-Rettungsschirm abgerufenen Mittel.*
- *Zur Stärkung überbetrieblicher Partnerschaften in der Fläche die Gründung einer gemeinnützigen GmbH des Landes vorzubereiten, welche in Regionen als Ausbildungsverbund agiert, wo bisher keine Ausbildungsverbünde existieren.*
- *die Attraktivität des Lehrberufes an Berufsschulen zu steigern, z.B. über*
 - *eine Erhöhung der Anzahl der Studienstandorte;*
 - *Maßnahmen zur Reduzierung der Abbruchquoten im Lehramtsstudium für berufliche Schulen.*
 - *eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine freiwillige Erhöhung der wöchentlichen Unterrichtsstunden von Teilzeitbeschäftigten, insbesondere durch stärkere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf;*
 - *die Ermöglichung regelmäßiger Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.*

B Beratung

Die mitberatenden Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales, sowie für Schule und Bildung haben den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat in seiner Sitzung am 30. März 2022 die abschließende Beratung zu dem Antrag durchgeführt. Hierzu lag ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachennummer 17/16898 vor, der folgende Änderungsbefehle beinhaltet:

1. *Unter V. werden beim ersten Spiegelpunkt die Wörter „; und zu diesem Zweck dem Landtag noch vor Ablauf der 17.Legislaturperiode ein Konzept zur landesweiten Einführung der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie vorzulegen“ gestrichen.*
2. *Unter V. wird am Ende vom zweiten Spiegelpunkt folgender Satz angefügt: „Dazu benötigen wir die vollständige Erfassung der Schülerindividualdaten.“*
3. *Unter V. werden beim dritten Spiegelpunkt die Wörter „ein Programm „Gute Berufsschule 2030“ aufzulegen, um die Berufskollegs schnellstmöglich zu sanieren und zu modernisieren“ durch die Wörter „ein Programm „Gute Berufsschule 2030“ aufzulegen, um die*

Berufskollegs und die Bildungszentren der Wirtschaft schnellstmöglich zu sanieren und zu modernisieren.“ ersetzt.

4. *Unter V. werden beim zehnten Spiegelpunkt, vierter Spiegelstrich die Wörter „eine kostenlose Meisterschule in allen Gewerben und Gewerken“ durch die Wörter „dass die Meisterausbildung wie der Master an der Hochschule kostenfrei werden soll“ ersetzt.*

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/16898 – wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

C Schlussabstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/15879 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Georg Fortmeier
Vorsitzender